

3 Gemeinwesenarbeit zwischen Konfliktorientierung und Intermediarität

Soziale Arbeit hat eine lange Tradition der Gemeinwesenarbeit (GWA). Die vorliegende Arbeit forscht und verortet sich im Feld der GWA, die hier als begriffliche Klammer für das sozialraumbezogene Handlungsfeld Sozialer Arbeit dient (Stövesand 2019). Dieses umfasst auch Ansätze des Community Organizing, der Stadtteilarbeit, des Quartiersmanagements, der in den Sozialraum hinausreichenden Jugendarbeit oder der aufsuchenden Sozialen Arbeit. Partizipation ist dabei eine zentrale Handlungsmaxime, wie auch grundsätzlich in der Sozialen Arbeit. Unter der Bezeichnung GWA lassen sich ganz unterschiedliche Praxisansätze und Organisationsformen finden – es gibt nicht *die* eine GWA. Dennoch gibt es allgemeine und konzeptionell-übergreifende Gemeinsamkeiten, die sich zu folgender Definition von GWA verdichten lassen:

»Gemeinwesenarbeit richtet sich ganzheitlich auf die Lebenszusammenhänge von Menschen. Ziel ist die Verbesserung von materiellen (z.B. Wohnraum, Existenzsicherung), infrastrukturellen (z.B. Verkehrsanbindung, Einkaufsmöglichkeiten, Grünflächen) und immateriellen (z.B. Qualität sozialer Beziehungen, Partizipation, Kultur) Bedingungen unter maßgeblicher Einbeziehung der Betroffenen. GWA integriert die Bearbeitung individueller und struktureller Aspekte in sozialräumlicher Perspektive. Sie fördert Handlungsfähigkeit und Selbstorganisation im Sinne von kollektivem Empowerment sowie den Aufbau von Netzwerken und Kooperationsstrukturen. GWA ist somit immer sowohl Bildungsarbeit als auch sozial- bzw. lokalpolitisch ausgerichtet.« (Stövesand/Stoik 2013: 21)

Die verschiedenen konzeptionellen Ansätze lassen sich entlang ihres Verhältnisses zu Politik unterscheiden zwischen konfliktorientierten, (gesellschafts-)kritischen, transformatorisch-emanzipatorischen Ansätzen einerseits und eher affirmativ-integrativen Ansätzen andererseits (Bitzan/Stövesand 2022: 42).

3.1 Das Verhältnis von GWA und Politik zwischen kritischer und affirmativ-integrativer GWA

In der GWA wird seit Jahrzehnten daran gearbeitet, die »Trennung zwischen gesellschaftlichen Strukturproblemen auf der Makro-Ebene und lebenspraktischen Problemen auf der Mikro-Ebene – das heißt zwischen Lebenswelt und System – demokratisch aufzuheben« (Schmidt/Pigorsch 2022: 283). GWA »bedeutet, individuelle Probleme im analytischen Zugang und im professionellen Handeln mit gesellschaftlichen Bedingungen zu verknüpfen« (Stövesand 2021: 345). Dabei lässt sich das Ziel der Gestaltung von Verhältnissen gemeinsam mit den Adressat_innen, z.B. durch den Aufbau von Selbstorganisationsstrukturen und in Form von öffentlichen Problematisierungen, nur über einen durch Beziehungsarbeit hergestellten Zugang zu Wissen über die alltäglichen Kämpfe und eigensinnigen Bewältigungsweisen der Adressat_innen realisieren. Alltagswissen wird dabei als in einem Bedingungs Zusammenhang mit gesellschaftlichen Strukturen stehend verstanden, das Hinweise auf die gesellschaftlichen Konflikte und Kämpfe um Ressourcen gibt. Mit dem Ziel der Erweiterung von Handlungsspielräumen der Adressat_innen arbeitet GWA traditionell nicht an der Individualisierung von Problemen, sondern agiert gegen diese mittels einer auf kollektive Handlungsfähigkeit orientierten Arbeitsweise (Bitzan 2016a: 375).

In den 1970er Jahren gab es erste Annäherungen an ein kritisches Verständnis von GWA. Zuvor waren es eher sozialintegrative Ansätze (Ross/Lappin 1971), die in der BRD diskutiert wurden und der GWA einen Platz in der »Koordination der Fürsorge-Verbände und Vereine und [...] [bei der] Partizipation der betroffenen Bürger zum Zwecke der Selbsthilfe« (Müller 1997: 114) zuwiesen. Dabei gab es in den USA (Alinsky 1974; Specht 1973) und in England, Italien und den Niederlanden durchaus aggressive Konzepte und Aspekte von GWA, die in den Lehrwerken aber keinen Niederschlag fanden (Müller 1997: 114). Vor einem halben Jahrhundert entwickelte sich eine radikale GWA-Konzeption rund um das Burckhardthaus sowie die »Arbeitsgruppe Gemeinwesenarbeit« der Victor-Gollancz-Stiftung (Victor-Gollancz-Stiftung 1975; Müller 1997: 119ff; Kunstreich 2014: 124), die sich klar gegen harmonisierende Ansätze der GWA richtete und ihr Augenmerk auf Selbstorganisation und die damit einhergehende Überwindung unterdrückender und entfremdender Herrschaftsverhältnisse legte. Deren fundamentaldemokratische Forderungen wurden von den Träger_innen und Geldgeber_innen der Einrichtungen nicht toleriert und führten zur Reorganisation bzw. Schließung der Institutionen (Müller 1997: 130f.). »Beide Konflikte markieren zugleich das Ende der [...] ›wilden Jahre‹ [...]. Dabei spielten GWA-Projekte rein zahlenmäßig nie eine große Rolle« (Kunstreich 2014: 125). Bedeutend waren sie vielmehr durch die fachliche Aufmerksamkeit, die sie erlangten. »Sowohl die ersten Dozenten – als auch Studentengenerationen fühl-

ten sich als Pioniere einer neuen kritischen Sozialarbeit, die nicht bei der Ideologiekritik stehen blieb, sondern auch wirklich neue Wege gehen wollte.« (ebd.: 125)

Ein erster an die kritischen Denkweisen anknüpfender Versuch eines Gesamtkonzeptes von GWA, das auf Gesellschafts- und Handlungstheorien beruhte und der GWA nicht lediglich als dritte Methode der Sozialen Arbeit neben Einzelfallhilfe und Gruppenarbeit verstand, war die »Gemeinwesenarbeit als Arbeitsprinzip« (Boulet/Krauss/Oelschlägel 2019[1980]). Struktur und Individuum wurden darin nicht getrennt voneinander betrachtet, sondern ihr Nexus begründete Inhalt und Handlungspraxis:

»Die primäre Orientierung der GWA richtet sich auf die Emanzipation des Gemeinwesens; diese ist zu verstehen als prozeßhafte Entwicklung zu einem Zustand, bei dem zunehmendes Bewußtsein über die eigene Lage das Handeln ungebrochener zu leiten vermag und sich insbesondere durch immer umfassendere Teilnahme (Partizipation) am Leben des Gemeinwesen und an den Entscheidungsstrukturen, die dieses Leben bedingen, auszeichnet. Hierbei stehen Emanzipation und Partizipation notwendigerweise in einem dialektischen Wechselverhältnis, indem sie sich gegenseitig voraussetzen und hervorrufen« (ebd.: 289).

Damit wurde auch konzeptionell herausgearbeitet, dass pädagogische Arbeit mit Einzelnen und Gruppen zur Befähigung zur Selbsthilfe in eins gehen muss mit der gemeinsamen Reflexion über strukturelle Missstände, die die Entfaltung von Eigenaktivität verhindern (ebd.: 289). Das politische Moment bestand in der Grundlegung, dass Individuen sich selbst (mit Unterstützung der GWA) in die Lage versetzen, strukturelle Veränderungen in von ihnen gemeinsam gestalteten Gemeinwesen vorzunehmen. Dem lag eine kritische Gesellschaftsreflexion zugrunde, nämlich

»die durch die zunehmende Zerteilung der Lebenswelten (Arbeit, Konsum, Rekreation, Sozialisation usw.) entstehende Entfremdung und ihre Folgeprobleme tendenziell aufheben zu können; – die durch gesellschaftliche Prozesse gestörten Mensch-Mensch und Mensch-Umwelt-Beziehungen, die sich im konkreten Wohnbereich zeigen, exemplarisch verbessern zu lernen« (ebd.: 290).

Im Verständnis von GWA als Arbeitsprinzip gibt es drei Formen, die im Sinne von Ordnungskriterien unterschiedliche Zugänge und Organisationsformen verdeutlichen und die auch heute noch im Sprachgebrauch der GWA Anwendung finden (Stövesand/Stoik 2013: 16). Es wird unterschieden zwischen territorialer, funktionaler und kategorialer GWA, wobei sich territoriale GWA auf einen konkreten politisch-ökologischen Raum wie etwa eine Nachbarschaft oder einen Stadtteil bezieht, in dem gemeinsam an Formen der Kommunikation, Problemlösung und Repräsentation gearbeitet wird bezieht (z.B. im Rahmen von Stadtteilstesten, -zeitingen und politischen Selbstvertretungsstrukturen). Funktionale GWA fokussiert

auf die institutionellen Versorgungsstrukturen in einem Gemeinwesen, die für die Erfüllung reproduktiver (und im Rahmen von GWA zu erhebender) Bedürfnisse der Bewohner_innen notwendig sind und eingefordert, entwickelt und gestaltet werden. Unter kategorialer GWA ist die Arbeit mit nach gesellschaftlichen Kategorien wie Alter, Geschlecht, kultureller und (post)migrantischer Zugehörigkeit unterscheidbaren Gruppen gemeint, deren je spezifische Vermögen und Bedürfnisse im Mittelpunkt stehen, die in dialektischer Vermittlung mit dem Gemeinwesen nicht nur über Prozesse der Bildung entwickelt, sondern als Formen der Selbstorganisation im besten Fall über »Intergruppenarbeit« demokratisch umgesetzt werden sollen (Boulet/Krauss/Oelschlägel 2019[1980]: 293ff.).

May (2017) knüpft mit seiner aktuellen Theorie von »Soziale[r] Arbeit als Arbeit am Gemeinwesen« an das Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit an. Hierbei ist die Annahme dialektischer Vermittlung der »inneren« Gemeinwesen von Bewohner_innen mit dem »äußeren« Gemeinwesen zentral, die verknüpft wird mit Fragen nach der Entwicklung nicht nur demokratischer, sondern auch sozialer Gemeinwesen »in der Verwirklichung menschlicher *Subjektivität*« (ebd.: 33). Um zu ermitteln, was die Menschen wirklich wollten, bedürfe es keiner Befragungen per Postwurfsendung oder beiläufiger Wunschproduktionen auf Stadtteilstesten, sondern einer dialogischen »Politik der Bedürfnisinterpretation« (Fraser 1994a), verstanden als Herangehensweise, in der Bedürfnisse nicht bereits durch Professionelle definiert oder auch lediglich interpretiert werden, sondern in der an der gemeinsamen »Verwirklichung ihrer *Subjektivität*, als auch [...] ihrer Selbstvergewisserung, sowie der kollektiven, demokratischen Vergewisserung« (May 2017: 141) gearbeitet wird. Diese Prozesse der Bedürfnisinterpretation und Problemartikulation sind gleichsam Prozesse der Bildung, die die Einzelnen mit deren Vorstellungen und Vermögen (inneres Gemeinwesen) in dialektische Vermittlung mit dem äußeren Gemeinwesen treten lassen. So verstanden arbeitet GWA am Prozess der »Bildung des Sozialen«, die dialektisch vermittelt ist mit einer »Bildung am Sozialen« (Kunstreich/May 1999; May 2017). Die Politikimmanenz einer so verstandenen Sozialen Arbeit liegt demnach in der demokratischen Entwicklung von Gemeinwesen über die Verwirklichung der Menschen im Sozialen. GWA baut Handlungsfähigkeit »von unten« auf und stellt sich gegen Formen von Bildungspraxis, der Herrschaftsmomente innewohnen. Sie kann hier auch in Verbindung gebracht werden zu mutualistischen Ansätzen einer gemeinwesenorientierten Selbstorganisation, im Rahmen derer eine basisdemokratisch-legitimierte kollektive Politik des Sozialen als Alternative zur hegemonialen Sozialpolitik antizipiert wird (Widersprüche Redaktion 2015).

Obwohl sich kritische und radikale GWA-Ansätze wie das Community Organizing in der Tradition von Alinsky stets weiterentwickelt haben und heute wieder einen deutlichen Aufschwung erfahren, gab es in den 1980er Jahren eine Verschiebung in der GWA-Diskussion und Praxis hin zur »stadtteilorientierten Sozialen Arbeit« (ISSAB 1989). Die Bezeichnung GWA wurde etwa von Hinte und Karas (1989) in

diesem Zusammenhang als »Reizwort« (ebd.: 31) diffamiert, »das bei vielen Amtsleitern und Geschäftsführern Phantasien von demonstrierenden Ruhestörern und die eigene Institution bedrohenden Professionellen weckt[e]« (ebd.: 31). Die stadtteilorientierte Soziale Arbeit »rückte [...] Alltag und Lebensweltorientierung in den Mittelpunkt« (Stövesand 2019: 564) und bediente sich eines auf Vermittlung angelegten Partizipationsverständnisses bei Trägern und Kommunen, was ihr zunehmend die Funktion als »intermediäre Instanz« (Hinte 2005[1994]) zuwies. Ausgehend von der Gesellschaftsdiagnose wachsender sozialer Ungleichheit, zunehmender gesellschaftlicher Spaltungen und der Abnahme von Vertrauen in die Politik seitens der Adressat_innen, wurde die Soziale Arbeit als vermittelnde/intermediäre Instanz gedacht, die es vermag, »die kleinsten gemeinsamen Nenner der jeweils agierenden Gruppierungen [...] mit dem Interesse [zu suchen], jeweils vorhandene Potentiale effektiver zu nutzen« (ebd.: o.S.). Diese vermittelnde und aktivierende Rolle von GWA wurde in den politischen Raum erweitert und Soziale Arbeit als eine sich »in gesellschaftliche Prozesse einmischende[.] Instanz« (ebd.: o.S.) verstanden. Intermediarität meint damit eine strategische Position zwischen Adressat_innen und Verwaltung/Politik. Aufgabe einer diesbezüglichen Sozialen Arbeit ist der Wissenstransfer zwischen diesen Gruppen: »Auf der einen Seite müssen sie für Politik und Verwaltung seriöse Zustandsbeschreibungen liefern, nicht im Sinne von Denunziation oder Tratscherei, sondern im Sinne einer aufklärenden, aus der Sicht der betroffenen Menschen vorgenommenen Information« (ebd.: o.S.) und zwar in einer für Politik und Verwaltung kommunikativ übersetzten Form. Die Soziale Arbeit wird damit zu einer für die Möglichkeiten der politischen Partizipation von Adressat_innen relevanten Instanz zwischen Alltag und politischen Institutionen, von der angenommen wird, die Entfernung zwischen privat und öffentlich kommunikativ überbrücken zu können. »Auf der anderen Seite müssen sie bei den Bürgerinnen Aufklärungs- und Organisationsarbeit leisten: Wie funktioniert städtische Politik, welche/n Politikerin kann man wofür ansprechen, wie erhält man Leistungen aus Ämtern usw.« (ebd.: o.S.) Der politischen Partizipation sind damit Bildungsprozesse über Institutionenwissen vorgängig, welche als Bedingungen dafür angesehen werden können, dass Adressat_innen überhaupt gelingend an diesen Formen der Partizipationspraxis teilnehmen können. Die beiden Formen des Wissenstransfers führen dann idealiter zum

»Dialogmanagement« [...] und zwar mit Blick auf eine Form der Kooperation und Partizipation, die basisdemokratische Konzepte nach demokratischer Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen realisiert und versucht, Bedeutungsverlust und Selbstbezogenheit parlamentarischer Instanzen und administrativer Verfahrensweisen durch Formen von direktem Kontakt und Diskurs auszugleichen« (ebd.: o.S.).

Akteur_innen der stadtteilorientierten Sozialen Arbeit sind dann jene, »[d]ie mit den Wölfen tanzen« (ebd.), »unabhängig, aber im Herzen parteilich« (ebd.: o.S.), und die sich als Bindeglied oder Scharnier zwischen Alltag und politischem System verstehen.

Ohne an dieser Stelle näher auf das zugrundeliegende Politikverständnis der stadtteilorientierten Sozialen Arbeit als intermediäre Instanz eingehen zu können, sollte die angenommene Kluft zwischen den Adressat_innen im Sinne der für Partizipation zu bildenden Akteur_innen einerseits und den über Probleme des Alltags zu informierenden politischen Akteur_innen andererseits deutlich geworden sein. Dass mit der konzeptionellen Fassung von GWA als stadtteilorientierter Sozialer Arbeit, wie von Stövesand (2019) beschrieben, also »Alltag und Lebensweltorientierung in den Mittelpunkt [rückten]« (ebd.: 564), kann dann auch als Ausdruck ihrer tendenziellen Entpolitisierung interpretiert werden. So ist die Soziale Arbeit zwar bei der Formulierung von Alltagsproblemen und -bedarfen behilflich und moderiert den Transfer von Wissen zwischen Bewohner_innen und verantwortlichen Akteur_innen, rahmt die Bewohner_innen und sich selbst jedoch nicht mehr als jene politischen Subjekte, die Handlungsfähigkeit bzw. Gegenmacht »von unten« entwickeln und aufbauen. Gleichsam bleibt zu vermuten, dass es in der gemeinsamen Bedürfnisartikulation mit Bewohner_innen und Professionellen Reibungseffekte bei der Formulierung von Alltagswissen und -bedarfen gibt, da das Alltagswissen im Ansinnen, dies für die professionellen Akteur_innen handhabbar zu machen, entsprechend »aufbereitet« werden muss. Ein so verstandenes Verhältnis von GWA und Politik arbeitet dann weniger daran, die »Trennung [...] zwischen Lebenswelt und System – demokratisch aufzuheben« (Schmidt/Pigorsch 2022: 283), sondern eher an der Optimierung dieser Trennung zugunsten der Adressat_innen.

Die intermediäre Rolle Sozialer Arbeit wurde in den letzten Jahrzehnten weiterentwickelt und fand u. a. als »Fachkonzept Sozialraumorientierung« (Hinte/Litges/Springer 1999) breite Anwendung in verschiedenen Arbeitsfeldern der Sozialen Arbeit (Budde/Früchtel/Hinte 2006; Hinte/Treeß 2014; Kluschatzka/Wieland 2009). Oelschlägel (2011) würdigt die Impulse, die von Hinte und Kolleg_innen ausgingen: erstens als Einbringen einer »nicht-pädagogische[n] Kompetenz der Professionellen, die die Wünsche und Interessen der Betroffenen in den Vordergrund stellen und deshalb im Stadtteil Moderationsfunktion übernehmen« (ebd.: 117) sowie als Beteiligung am öffentlichen politischen Leben, »die Verwaltungen nicht prinzipiell als Gegner, sondern bis zum Beweis des Gegenteils als Bündnispartner sieht und deshalb eine Scharnierfunktion im Stadtteil übernimmt« (ebd.: 117). Das heißt, dass intermediäre GWA-Konzeptionen eher nicht dazu tendieren, Interessenkonflikte antagonistisch aufzuladen und sich weniger distanziert gegenüber Institutionen zeigen, als dies vielleicht eher kritische Ansätze der GWA tun (Fehren 2006: 579f.).

Die Ausführungen zum Verhältnis von GWA und Politik haben nicht den Anspruch, vollständig zu sein. Die Praxis der GWA war und ist vielfältig, sodass

eine systematische Übersicht über Entwicklungslinien in Praxis und Theorie eher anderen überlassen werden soll (Müller 1997; Stövesand/Stoik/Troxler 2013; Hinte/Lüttringhaus/Oelschlägel 2011). Wichtig ist allerdings, herauszustellen, dass politische, soziale »Konfliktorientierung [...] immer ein wichtiger Antrieb für GWA [war]« (Bitzan/Stövesand 2022: 39): Die historischen Verweise auf die Settlementbewegung, das Community Organizing, die Aktivitäten der Victor-Gollancz-Stiftung oder die aktuellen Diskussionen um soziale Stadtentwicklung »von unten« bezeugen die Konfliktorientierung, verstanden als »Bewusstsein über Konfliktstrukturen und ein Identifizieren der je konkreten Konfliktlinien in dem zu bearbeitenden Feld und der Akteur*innen, mit denen zusammengearbeitet wird« (ebd.: 40). Dabei sind Konflikte auf unterschiedlichen Ebenen anzusiedeln, die manchmal nicht leicht zu erkennen sind, weil sie struktureller Natur sind und Fragen ungleicher gesellschaftlicher Ressourcenverteilung berühren. Dass Konflikte in den Lebenslagen der Bewohner_innen und soziale Konflikte im Stadtteil politisch sind, wird durch die (kritische) GWA auch heute entsprechend artikuliert. Um strukturell verursachter sozialer Ungleichheit gegenüber politisch handlungsfähig zu sein, bedarf es daher erneut verstärkter Bemühungen um einen Aufbau von Organisationsmacht (ebd.: 40). Soziale Bewegungen waren und sind daher für eine auf Transformation zielende GWA relevant, auch wenn dieses Verhältnis nicht frei von Widersprüchen ist (Widersprüche Redaktion 2022).

Zusammenfassend kann gesagt werden: »GWA war nie per se ein emanzipatorisches (transformatorisches) Projekt« (Bitzan/Stövesand 2022: 39). Die Vielfalt der Praxisformen erschwert eine trennscharfe Zuordnung zu kritischer GWA oder affirmativ-integrativer GWA. Es ist zu vermuten, dass es neben dezidiert kritischen Ansätzen einerseits und klar intermediär sich bezeichnenden Formen andererseits viele Mischformen gibt, die eine Praxis »von unten« angesichts struktureller Zwänge und Trägervorgaben nur im Kleinen und punktuell umsetzen (können). So »ist GWA [eher] als ein Dach zu verstehen, unter dem transformative Arbeit geleistet werden kann und teilweise geleistet wird« (ebd.: 44).

3.2 Aktuelle Spannungsfelder der GWA

GWA bewegt sich, wie die Soziale Arbeit im Allgemeinen, in gesellschaftlichen Spannungsfeldern. Sie zeigen die Eingebundenheit der GWA in zum einen die Bearbeitung gesellschaftlicher Schlüsselthemen und zum anderen die Widersprüche der Praxis zwischen Emanzipation/Transformation einerseits und sozialtechnischer Einhegung andererseits.

So steht die GWA vor der Herausforderung, der *Diversität* ihrer Adressat_innen u. a. dadurch gerecht zu werden, dass sie selbst diverser wird (Bitzan/Stövesand 2022: 46f.). Mehr Diversität unter den GWA-ler_innen würde nicht nur in Gemein-

wesen mit einem hohen Anteil (post)migrantischer Communities die Möglichkeiten der Beziehungsarbeit positiv beeinflussen, sondern GWA auch im Einsatz gegen Formen von Diskriminierung, wie Rassismus, Sexismus, Homo- und Transphobie (Perko/Czollek 2022: 164ff.) positiv unterstützen.

GWA ist überdies herausgefordert, sich zu *rechtspopulistischen, rechtsextremen und verschwörungstheoretischen Praxen* im Stadtteil zu verhalten – von der Auseinandersetzung mit Nutzer_innen der eigenen Angebote bis hin zu Akten der Solidarität mit diversitätsorientierten und antirassistischen Projekten im Stadtteil, die immer häufiger von rechts attackiert und diskreditiert werden (Schuhmacher/Schwerthelm/Zimmermann 2021; Bringt 2021). GWA wird in den letzten Jahren als zu steuernde Größe bei der Mobilisierung von Zivilgesellschaft angerufen sowie als Akteur_in gegen rechts und für mehr Demokratie (Bitzan/Stövesand 2022: 45).

Ein zentrales Spannungsfeld ist das zwischen *Emanzipation und Instrumentalisierung*. GWA als mehrheitlich öffentlich finanziertes Programm wird »im Wesentlichen gerahmt durch die Vorgaben der jeweiligen Anstellungsträger« (Hinte 2018: 210) und damit »politisch als Steuerungs- und Herrschaftsinstrument entdeckt und [...] stärker als solches genutzt« (Stoik 2018: 81). Dabei hat die Finanzierung »erheblichen Einfluss auf die Handlungsspielräume der Praktiker*innen, darauf, ob substantielle Mitbestimmung möglich wird, ob GWA in Konflikten agieren kann oder harmonisiert« (Stövesand 2021: 346). Beispielhaft kann dies 1) verdeutlicht werden an den im Zuge der Corona-Pandemie verstärkten Bemühungen der GWA um Nachbarschaftshilfe und Solidarität bei gleichzeitiger Adressierung, Kontakteinschränkungen durchzusetzen und Impfpfehlungen in schwer erreichbare communities hineinzutragen (van Rießen/Scholten/Funk 2020). 2) Zum Zweiten wird dies im Kontext der Zuwanderung von Geflüchteten deutlich. GWA schließt hier aktiv Selbsthilfepotenziale im Stadtteil auf, wird gleichzeitig aber auch in ihrer Funktion für lokale Integration politisch eingespannt (Riede/Noack 2017). Die Spannung zwischen Emanzipation und Instrumentalisierung kann 3) auch verdeutlicht werden an der solidarischen Mieter_innenarbeit angesichts steigender Wohnkosten, Gentrifizierung und gravierenden Mängeln in der Wohnraumversorgung, insbesondere für Geringverdienende und Empfänger_innen von Transferleistungen einerseits und der Mitwirkung an partizipativen Stadtentwicklungsprozessen andererseits, im Rahmen derer Quartiere nachverdichtet und, orientiert am Ziel sozialer Mischung, perspektivisch mehrheitlich Besserverdienende mit Wohnraum versorgt werden. Und schließlich kann 4) das Spannungsfeld auch an der im Zuge der Bundesprogramme »Soziale Stadt« bzw. seit 2020 »Sozialer Zusammenhalt« vermehrten Ausrichtung als Quartiersmanagement (Drilling/Oehler 2013) gezeigt werden. So wurden und werden »unter Begriffen wie Stadtteilmanagement, Quartiermanagement, Quartiersarbeit, Regionalentwicklung oder Sozialraumkoordination« (Hinte 2018: 210) zuvorderst Anschlüsse an die Se-

mantik von Städtebauförderung und Integrierter Stadtentwicklung gesucht und gefunden.

Allein das Wording impliziert die politische Ausrichtung im sozialraumbezogenen Handlungsfeld: Durch die Umbenennung als Stadtteilarbeit oder als Quartiersmanagement geriet die Bezeichnung GWA begrifflich etwas ins Abseits und mit ihr auch ein Stück des emanzipatorischen Charakters. Zusammenfassend steht GWA in widersprüchlichen Spannungsverhältnissen zwischen Bottom-up- und Top-down-Orientierung – bzw. der Scharnierfunktion als intermediäre Instanz. Dabei reflektiert GWA die eigene politische Rolle je nach Ausrichtung – und zunehmend seltener entlang einer grundsätzlichen Gesellschaftskritik. Vielmehr werden »Fragen der konkreten Machbarkeit demokratiefördernder emanzipatorischer und vor allem partizipatorischer Vorgehensweisen durchdekliniert« (Bitzan/Stövesand 2022: 48).

3.3 GWA und Partizipation

Die GWA-Praxis ist eingebunden in eine Vielzahl partizipativer Prozesse. So werden Stadtteilzentren beispielsweise für Selbstorganisationsprozesse zur Verfügung gestellt, für Planungsbeteiligungsprozesse genutzt oder Fachkräfte fungieren als Scharniere zwischen Bewohner_innen und Verwaltung, Planung und Politik und haben eine wichtige Funktion für die Zugänglichkeit zu Partizipationsformaten inne. Akteur_innen der GWA konzentrieren Wissen über die Alltagsprobleme im Stadtteil, welches im Rahmen von Partizipationsprozessen auch stellvertretend eingebracht wird. Häufig sind sie es, die dafür sensibilisieren, dass »Frauen und Männer, MigrantInnen und Alteingesessene, ärmere und wohlhabendere Bevölkerungsgruppen [...] ihre Wohn- und Lebensquartiere unterschiedlich [erleben] und andere Bedürfnisse für die Gemeinwesenentwicklung [haben]« (Bitzan 2016b: 237). GWA wird aktiv adressiert, das demokratische Repräsentationsproblem mittels partizipativer Formate aufzufangen und zu bearbeiten (BMFSFJ 2017: 307) und insbesondere durch aufsuchende und partizipative Arbeit in den Quartieren diejenigen zu erreichen, die im Bereich politischer Partizipation sonst nicht vertreten sind.

Es gibt für die GWA, wie für die Soziale Arbeit allgemein, keinen einheitlichen Partizipationsbegriff. Um sich dem Spektrum des Begriffs zu nähern, muss festgestellt werden, dass es Unterschiede zwischen einerseits der Theorie und andererseits der Praxis der GWA gibt, die sich wie beschrieben im Spannungsfeld zwischen eigenen Setzungen und politischen Programmatiken bewegt (Stoik 2018: 76). Auch in der GWA ist es sinnvoll, zwischen einem engen und einem weiten Partizipationsverständnis zunächst zu unterscheiden. So sollten *Partizipationsformate* (enger Begriff) aus Perspektive der GWA-Forschung niedrigschwellig, aufsuchend, alltagssprachlich orientiert sein, sich prozessual und nicht am Ergebnis ausrichten so-

wie non-formal und projektförmig gestaltet sein (Bitzan 2016b: 244). Dazu braucht es Orte im Stadtteil, »an denen die Gruppierungen sich zwanglos treffen und in nicht formalisierter Form voreinander und als Teil des Gemeinwesens sichtbar werden« (ebd.: 245). Partizipation wird in der GWA damit aber nicht nur als punktuellles Ereignis, sondern vielmehr als langfristige Strategie zur Bildung von Subjektivität und Gemeinschaft gedacht. Dies zeigt, dass der Partizipationsbegriff der GWA zwischen eng und weit synthetisiert wird und das Ziel der GWA, die Lebensbedingungen der Bewohner_innen eines Gemeinwesen zu verbessern, als Ergebnis eines partizipativen Prozesses gedacht werden kann, der mittels methodischer Hilfestellungen (z.B. aktivierende Befragung, Zukunftswerkstatt, Planning for Real, World Café etc.) zwar häufig »formatiert« und handhabbar gemacht wird, dennoch in eine übergreifende Handlungsstrategie mündet, die Elemente eines *weiten Partizipationsverständnisses* beinhaltet. Letzteres erfordert einen Fokus auf eine alltagsorientierte Beziehungsgestaltung mit den Adressat_innen. Fachkräfte der GWA, so legen Forschungsbefunde aus der sozialraumorientierten Praxisforschung nahe, sollten eine erhöhte Sensibilität gegenüber den asymmetrischen Machtverhältnissen haben: So wird das weitgehende Aufgeben der klassischen Unterscheidung zwischen professionellen Akteur_innen und Adressat_innen zu einer Bedingung für das Gelingen partizipativer Ansätze (Alisch 2018: 210). Tendenziell wird in der GWA also daran gearbeitet, die Trennung zwischen engem und weitem Partizipationsbegriff zugunsten einer synthetisierten Partizipationspraxis aufzuheben.

Der Partizipationsbegriff der GWA kann jedoch auch entlang der verschiedenen Auslegungen im Handlungsfeld sozialraumbezogener Sozialer Arbeit unterschiedlich gefasst werden. Ob also Partizipation z.B. eher auf ein spezifisches Format bezogen gedacht wird, das methodisch gestaltet wird und sich auf einen konkreten Beteiligungsprozess bezieht, in den unterschiedliche Akteur_innen eingebunden sind, – oder ob Partizipation sich in der beziehungsorientierten Alltagspraxis realisiert, die Adressat_innen dabei unterstützt, Ressourcen aufzuschließen, zu sichern oder wiederzuerlangen, entscheidet sich je nach der fachlichen Ausrichtung der GWA oder aber auch je nach Situation und Gelegenheit. Im Verlauf der Arbeit wird auf das Partizipationsverständnis der GWA noch zurückzukommen sein.